Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 186 Mittwoch, 20. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Nachtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ersatzabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Rubrikartige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1054 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Tarnungsmaßnahmen des Reichsbanners

Angriffe der Linken gegen Kabinett Schieck

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. April. Der Schritt des sächsischen Ministerpräsidenten Schieck beim Reichsinnenminister Groener in Sachen der Wehrformationen hat den höchsten Unwillen der Sozialdemokratie hervorgerufen. Der „Vorwärts", der diesen Schritt heute als „Hetze gegen das Reichsbanner" bezeichnet, an der sich die sächsische Regierung beteilige, erklärt, daß die Angelegenheit politische Weiterungen zur Folge haben würde. Was man bei den Sozialdemokraten unter diesem Hinweis versteht, ist nicht ganz ersichtlich.

Offenbar plant man, der sächsischen Regierung, soweit es irgend möglich ist, innerpolitische Schwierigkeiten zu bereiten.

Inzwischen hat der Reichsinnenminister Groener abermals den Bundesführer des Reichsbanners, Karl Höltermann, empfangen, um, wie es in einem linksgerichteten Organ heißt, „die Durchführung des vom Reichsbanner eingeleiteten Abbaues der Sonderorganisationen zu erörtern". Höltermann hat den Versuch gemacht, verschiedene Vorwürfe, die ihm seitens der Rechtspresse gemacht worden sind und die auch in dem Groener zugeleiteten Material eine Rolle spielen, nach Möglichkeit zu entkräften. So soll z. B. die Ausrüstung gewisser schlesischer Reichsbannerformationen mit Spaten und Beilpickel auf einmal nur deshalb erfolgt sein, weil in diesen Gebieten Hochwassergefahr bestehe.

Außerdem hat Herr Höltermann dem Reichsinnenminister die Gegenrechnung aus dem Wahlkampf aufgemacht

und darauf verwiesen, daß es gerade das Reichsbanner gewesen sei, das den Hindenburgausschüssen und seinen Rednern, so dem Landvolkparteiler Gereke, den Volksparteilern Glatzel, von Kardorff, Oberst Schwerdtfeger und den Volkskonservativen Graf Westarp und Schlange-Schöningen den Saalschutz gestellt habe. Einmal habe das Reichsbanner sogar dem Jungdeutschen Orden Saalschutz angedeihen lassen. Welchen Eindruck diese Gegenrechnung auf den Reichsinnenminister gemacht hat, ist nicht bekannt. Jedenfalls wehrt sich heute die Linkspresse abermals mit großem Nachdruck gegen alle Stimmen, die ein Reichsbannerverbot fordern, und füllt mit ihren Argumenten ganze Spalten ihrer Zeitungen.

Wie recht die Rechtspresse gehabt hat, wenn sie von Anfang an der Vermutung Ausdruck gab, daß es sich bei der Auflösung gewisser Reichsbannerformationen nur um eine Tarnung handelte, beweist eine Mitteilung der „Deutschen Zeitung". Danach sollen

in diesen Tagen in Berlin eine große Anzahl neuer Vereine entstanden

sein, die sich unter harmlosen Namen, wie „Kegelklub 1932", „Mandolinenverein Harmonische Klänge", „Sparverein Weihnachtsüberraschung", „Lotterievereinigung Niete", „Wandergruppe Frei weg" usw. gebildet haben. Hinter diesen harmlosen Vereinen verbirgt sich, wie die „Deutsche Zeitung" behauptet, in jedem Fall eine Gruppe des Reichsbanners, und zwar in erster Linie solche der Schufo-Organisationen und die Schutzsportabteilungen, jene bis ins kleinste ausgebildeten militärischen Sonderorganisationen des Reichsbanners. Auch führt die „Deutsche Zeitung" den Nachweis, daß abermals Gefechtsübungen des Reichsbanners stattgefunden haben, die durchaus militärische Formen hatten.

Wie weiter verlautet, soll die endgültige Entscheidung über das Groener zugeleitete Material erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf zu erwarten sein. Das wäre voraussichtlich nicht vor Ende der nächsten Woche.

Um das Verbot des Reichsbanners

Berlin, 20. April. Wie WTB. meldet, sollen die Blättermeldungen, wonach das Staatsministerium von Mecklenburg-Strelitz seine Gesandtschaft in Berlin beauftragt habe, beim Reichsinnenministerium das Verbot des Reichsbanners zu beantragen, nicht zutreffen. Bei den zuständigen Reichsstellen sei von der Angelegenheit noch nichts bekannt. Die gleichzeitig aufgestellte Behauptung, daß vier andere Länder einen entsprechenden Antrag gestellt hätten, sei ebenfalls unrichtig. **Den Reichsstellen liege lediglich ein Brief des sächsischen Ministerpräsidenten vor, der sich allgemein unter Berufung auf die Notverordnung dafür ausspricht, daß alle Verbände, die ähnlich wie die verbotenen nationalsozialistischen Formationen einen Staat im Staate zu bilden geeignet seien, wie die erwähnten Organisationen behandelt werden sollten.**

*

Dieses offenbar amtlich inspirierte Dementi rennt, soweit es Sachsen betrifft, offene Türen ein; denn es ist nirgends behauptet worden, daß die sächsische Regierung ausdrücklich das Reichsbannerverbot gefordert habe. Es war nur von ihrem Verlangen nach gleichmäßiger Behandlung aller Parteiwehrverbände die Rede. Daß bei einer solchen Prüfung, wie sie vor Hindenburgs Brief schon von der sächsischen Regierung angeregt worden ist, in erster Linie das Reichsbanner in Frage kommt, ergibt sich nach unserer Meinung von selbst aus der Lage der Dinge. Mit der obigen Erklärung aus dem Reichsinnenministerium artet die Auseinandersetzung in einen Streit um Worte aus.

Das Weiterbestehen des RFB. erwiesen

Berlin, 20. April. Der Polizeipräsident teilt mit: Die nach längeren Beobachtungen am gestrigen Tage vorgenommenen Haussuchungen bei Funktionären des „Antifaschistischen Kampfbundes" und des sogenannten „Arbeiterschützenbundes" haben ergeben, daß der verbotene „Rote Frontkämpferbund" illegal fortgeführt wurde. Ueber den Umfang und die Bedeutung des Fortsetzungsversuches kann im Augenblick noch nichts gesagt werden. Festgestellt wurde, daß der Tischler Emil Paffrath, der Maler Wilhelm Mohn und der Reichstagsabgeordnete Paul Hornick maßgebend an diesen Versuchen beteiligt gewesen sind.

Senator Borah gegen Schuldenstreichung

Washington, 20. April. Senator Borah gab am Dienstag, veranlaßt durch die Smithrede vom 14. April, eine Erklärung zur Kriegsschuldenfrage ab und betonte, daß die europäischen Nationen sehr wohl in der Lage seien, ihre Schulden zu zahlen. Eine teilweise Streichung der Schulden auf der von Smith vorgeschlagenen Grundlage bedeute einen Verlust für den amerikanischen Steuerzahler.

„Kein Dollar Schuldenzahlung", hob Borah mit Nachdruck hervor, „kommt vom ausländischen Steuerzahler. Deutschland zahlt für alle.

Die Steuerzahler Englands, Frankreichs und Italiens zahlen für Rüstungen. Solange für Armee und Marine Riesensummen ausgegeben werden, kann eine Herabsetzung der Kriegsschulden unmöglich die Rückkehr zur Prosperität bringen."

Weiter erklärte Borah, Amerika denke gar nicht an eine Schuldenstreichung, solange Europa die Reparationsfrage nicht gelöst habe, die den Schlüssel zur Lage Europas bilde. Auch Verhandlungen über weitere Anleihen seien vor der Lösung der Reparationsfrage völlig aussichtslos.

Um das Verbot der schweren Angriffswaffen

Sir Simon und Nadolny sprechen in Genf

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 20. April. Auch heute wird der Kanzler, soweit man hört, noch nicht auf der Abrüstungskonferenz erscheinen. Dagegen erwartet man ihn nun endlich morgen. Es wird wahrlich höchste Zeit! Denn darüber kann doch kein Zweifel sein, daß man schon diese ganze Woche um grundlegende und richtunggebende Vorentscheidungen gerungen hat. Das läßt nicht nur der volle Einsatz und das planmäßige Zusammenspiel der französischen Gruppen, sondern auch die Haltung der französischen Presse deutlich erkennen. Die beiden letzten Tage haben starke, zum Teil erfolgreiche Vorstöße von dieser Seite, doch eine wesentlich schwächere und noch dazu uneinheitliche Abwehr der Gegengruppe gebracht, während die angelsächsischen Staaten passiv blieben. In Paris ist man über den Ausgang höchst befriedigt. Es ist jedenfalls — ganz abgesehen von den bedenklichen Entscheidungen selbst — recht bedauerlich,

daß die alte Einheitsfront in Abrüstungsfragen: Deutschland, Italien, Rußland, Türkei, diesmal nicht vorhanden war,

sondern daß nur die beiden letzten in voller Opposition zum tschechisch-französischen Vorstoß standen, während Deutschland und Italien eine weiche und nicht durchweg klare Haltung einnahmen. Das zeigte sich gestern abend bei der Sitzung des Redaktionskomitees schon sehr deutlich. Litwinow widersprach Titulescu und Paul Boncour, die unter Berufung auf Artikel 8 des Völkerbundspaktes Frankreichs Sicherheits- und Sanktionsthese teilweise offen, teilweise verschleiert zur Voraussetzung für den Grad der Abrüstung zu machen suchten, sehr energisch, und lehnte dann als einziger die Entschließung ab, die im wesentlichen den französischen und tschechischen Wünschen Rechnung trägt und durch einen Zusatz Grandis nur unwesentlich verbessert wird.

Nadolny hat sich in dieser Frage von Rußland getrennt und ebenfalls Artikel 8 als Grundlage anerkannt,

wobei er aber natürlich ganz etwas anderes im Sinne haben muß als die Franzosen. Wenn auch Deutschland Wert darauf legt, eine mechanische gleichmacherische Abrüstung zu vermeiden und die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und der Sicherheit jedes Landes ebenfalls wünscht, so denkt es dabei zweifellos daran, daß sich für ein Land, das schon unter das Mindestmaß der Sicherheit abgerüstet hat, daraus später vielleicht auch Vorteile nach anderer Richtung ergeben könnten.

Die heutige Sitzung wurde unter starker Spannung eröffnet. Man erwartete allgemein einen Zusammenstoß zwischen Rußland und der französischen Gruppe. Nach kurzen Bemerkungen des Türken hielt Litwinow sofort eine in der Form gemäßigte, aber sehr deutliche Rede, in der er nochmals die heute zur Beschlußfassung vorliegenden oben erwähnten „Sicherheitsresolutionen" scharf ablehnte und sich gleichzeitig von neuem mit Artikel 8 des Paktes auseinandersetzte. **Rußland lehne es grundsätzlich ab, auf der Basis des Völkerbundspaktes zu verhandeln. Es sei nicht Mitglied des Völkerbundes und sei auch nur zu einer allgemeinen internationalen Konferenz eingeladen.** Gleichzeitig wies Litwinow mit erhobener Stimme darauf hin, daß die vorliegende Resolution Sanktionen in sich schließe. Bekanntlich sieht Rußland das Gespenst internationaler Sanktionen immer lebhaft vor sich. Aber auch Deutschland hätte alle Ursache, mehr als mißtrauisch zu sein.

Litwinows Einspruch half nichts, die Sicherheitsresolution wurde gegen Litwinows Stimme und bei Enthaltung des Türken einstimmig angenommen,

ohne daß Nadolny noch einmal, wenigstens zur Klarstellung oder zu einem deutlichen Vorbehalt, das Wort ergriffen hätte. **Zum zweiten Male hat daher Deutschland heute der französischen Gruppe ein wichtiges Zugeständnis gemacht in der vagen Hoffnung, aus einem Rest von Unklarheit später auch für sich Vorteile ziehen zu können.**

Die sich nun anschließende wichtige Aussprache über Punkt 3: Qualitative Abrüstung, also über das Verbot der gefährlichsten Angriffswaffen, brachte sofort

den britischen Außenminister Simon

aufs Rednerpult. Der Engländer brach eine Lanze für dieses Prinzip, das schon von vielen Staaten anerkannt sei, und verlangte ein klares Bekenntnis der Konferenz zu ihm. Er brachte dann einen englischen Vorschlag ein, nach welchem „der Besitz und Gebrauch" der hauptsächlichsten Offensivwaffen im Prinzip untersagt werden soll.

Dieser zunächst gut klingende Gedanke ist im Grunde aber zweideutig.

Er kann nämlich eine Brücke zum Tardieu-Plan hinüberbauen, indem er die Umetikettierung der wirkungsvollsten Waffen oder ihre Tarnung als Völkerbundswaffen nicht ausschließt. Bleiben diese Waffen aber praktisch doch in Besitz und Kontrolle der einzelnen Staaten, so würde der Gebrauch im Kriege sich von selbst ergeben. Im übrigen richtete Simon als berühmter Rechtsanwalt in fulminanter, frei vorgetragener Rede einen wortreichen Appell an den guten Willen des Kongresses; sein Vorschlag schließe keinen anderen aus.

Dann nahm Nadolny das Wort.

Auch er begründete den Gedanken der qualitativen Abrüstung. Kein Vorschlag könne ihm hier zu weit gehen. Deutschland habe diese Abschaffung der schweren, gefährlichen Waffen längst verwirklicht, vor allem auf dem Gebiete der Luftrüstung, während andere Staaten gerade die Deutschland verbotenen Waffen nach dem Kriege immer weiter vermehrt hätten. Deutschland sei deshalb auch für Abschaffung der gesamten Luftarmee.

Sein Land habe sogar unter die Grenze der in Artikel 8 vorgesehenen Sicherheit abgerüstet.

Dann wandte sich Nadolny dem bekannten französischen und dem neuen englischen Vorschlag zu. Eine technische Durchführung der französischen Pläne sei schwer vorstellbar. Aber vielleicht sei doch die Unterdrückung und die Internationalisierung der schweren Waffen irgendwie miteinander vereinbar. — Warum plötzlich diese merkwürdige Bemerkung, die unsere bisherige Linie verläßt? — Nadolny schloß, Deutschland habe gezeigt, daß es bei der Abrüstung keine Unmöglichkeit gebe. Wir müßten vor allem verlangen, daß auch die Abrüstung der anderen Staaten von Grund auf erfolge.

Darauf trat sofort wieder ein französischer Vasall auf die Bühne, der Jugoslawe, und legte einen eignen Vorschlag vor, der zweifellos die französische Billigung erhalten hat. Zum Schluß stimmte Grandi dem britischen Außenminister noch völlig zu und unterstrich die Bedeutung der direkten Abschaffung der schweren Waffen.

In internationalen Konferenzkreisen hält man die heutige Rede Nadolnys für energisch und deutlich. Man sieht auch in Simons Vorstoß im Grunde eine klare Parteinahme gegen die französischen Pläne, trotz der Unklarheit des Wortes „Besitz der Waffen". In der deutschen Delegation ist man über den Verlauf dieses zweiten Teiles der heutigen Sitzung durchaus befriedigt. Ein endgültiges Urteil wird von der weiteren Entwicklung abhängen, doch muß im allgemeinen festgestellt werden, daß Nadolny heute gute und richtige Worte gefunden hat.

SLUB
Wir führen Wissen.